

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 34, Wilmersdorfer Straße 8/9.
Garnisondirektor: Hans Koenigslach 1008, 1076 und 1282. — Dr. Brüning
erschließt jeden Freitag.
Telegrammadresse: Textilarbeit Berlin
Verantwortlich: Otto Behms, Berlin D 34, Wilmersdorfer Str. 8/9
(Postfachkonto 5386) zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post.
Beitragjährlich 6 Mk.

Verzinst sich Ihr nichts — Verzinst alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung für die Beamten- und Gewerkschaftszeitungen, Berlin SW 11, Königgeher Straße 97
Anzeigenpreis: Die zeichnerische Mitarbeiterzeile 90 Pf. Bei größeren Abchlüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt.
Telegramm-Adresse: „Blinelma“.

Textilproletariat — gib acht! Textilindustrielle schaffen einen Schutzfonds.

Der bekannte günstige Wind wehte uns dieser Tage wieder einmal ein Rundschreiben eines Textilarbeitgeber-Verbandes, das über die derzeitigen Vorgänge im Unternehmerlager guten Ausschluß gibt, auf den Tisch. Es handelt sich hier um den Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie, dessen Generalversammlung beschloß, einen

Schutzfonds
zu bilden, der insbesondere dazu angeht sein soll, die Abwehr der berechtigten Forderungen der Textilarbeiter auf ein menschenwürdiges Dasein zu organisieren, bzw. bei Auseinandersetzungen mit der Arbeiterchaft und Arbeitskämpfen sich gegenseitige finanzielle Unterstützungen zu gewähren. Interessant ist die Begründung des Beschlusses, der uns als Freigewerkschaftler die Gewißheit gibt, daß unsere bisherige im Verbandsrahmen ausgeübte gewerkschaftliche Tätigkeit die richtige und eine den Interessen der Textilarbeiterchaft dienende war. Der Inhalt des Rundschreibens selbst, den wir nachstehend unserer Kollegenchaft zur Kenntnis bringen, wird und muß uns, unberührt vom Geschrei der Unternehmer, neuer Ansporn sein, auch fernerhin die Belange des Textilproletariats zu wahren und für sie einzutreten.

Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:
„GR. Nr. 32/28. Chemnitz, den 26. Juli 1928.

Wichtig!
Textilarbeiter.
Wort: Schutzfonds.

Die gestrige außerordentliche Generalversammlung unseres Verbandes, die trotz der Ferienzeit erfreulichst sehr stark besucht war, ist in vollem Umfange dem Vorschlag, den der Gesamtvorstand, der Große Lohnausschuß und die Ortsgruppenvorstände in einer gemeinsamen Sitzung am 17. Juli beschlossen haben, beigetreten, und zwar mit allen Stimmen gegen nur eine.

Der Beschluß lautet:

1. Im Verband ist umgehend ein Schutzfonds zu bilden, in den jedes Mitglied pro Kopf der Arbeitnehmer (kaufmännische und technische Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen) je 5 Mk. und pro Kopf jedes ständigen Heimarbeiters 1,25 Mk. zu zahlen hat.

2. Diese außerordentliche Umlage berechnet sich nach dem Stichtage vom 1. Juli d. Js. und ist fällig in 5 Monatsraten je am 1. August, 1. September, 1. Oktober, 1. November und 1. Dezember 1928.

3. Die Verwaltung des zu schaffenden Schutzfonds obliegt dem engeren Vorstand.

Von den sehr wichtigen Gründen, welche die Generalversammlung zu dem einmütigen Beschluß veranlaßten, seien den Mitgliedern, die an der Versammlung nicht teilnehmen konnten, hier kurz folgende genannt:

Die wachsende Radikalisierung der Gewerkschaften, die Erneuerung des Klassenkampfgedankens als Grundlage gewerkschaftlicher Politik, die verstärkten Maßnahmen der kalten Sozialisierung, die fortgesetzten Angriffe gegen die Arbeitgeber in Presse und Literatur und die damit verbundene Verdrehung von Tatsachen und wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, der Kampf um die Erhaltung der Privatwirtschaft und die Erhaltung des freien, schöpferischen Unternehmertums, die fortdauernden Lohnforderungen, die Notwendigkeit eines wesentlich verstärkten gegenseitigen Schutzes, die Unternehmerfeindschaft in der

Deffentlichkeit und bei zahlreichen Behörden, die Krisis im Schlichtungswesen, die weiter andauernde Beschneidung der den Unternehmern noch verbliebenen Rechte in der Leitung des Betriebes und der Disposition der Arbeiten durch gesetzliche Bestimmungen.

Wir bitten darum, die in dem beiliegenden Formular gewünschten Angaben über die Zahl der Arbeitnehmer nach dem Stande vom 1. Juli d. Js. genauestens anzugeben. Die Herren Inhaber und Direktoren werden gebeten, persönlich um diese wichtige Angelegenheit besorgt zu sein, handelt es sich hier doch um eine Angelegenheit im ureigensten Interesse unserer Mitglieder.

Es wird darum gebeten, das beiliegende Formular bis zum 1. August an uns zurückzugeben und die entsprechenden Teilbeiträge erstmals bis spätestens zum 1. August und folgend zum 1. September, 1. Oktober, 1. November und 1. Dezember d. Js. auf unser Konto bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Filiale Chemnitz (oder deren Postfachkonto Leipzig 49 000) oder aber auf unser Konto bei der Chemnitzer Girobank (oder deren Postfachkonto Leipzig 1091) unter Angabe „Schutzfonds“ zu überweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Verband v. Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie.
gez.: Koppisch, 1. Vors. Dr. Bellmann, Geschäftsf. Vorstand.

5 Mk. pro betriebsständige Person und 1,25 Mk. für jeden Heimarbeiter haben also die sächsischen Textilindustriellen auf Beschluß ihrer Organisation an diese für den Schutzfonds abzuführen, und sie werden diese horrenden Beiträge abführen, unbeschadet dessen, daß sie sonst über jeden Pfennig größerer Auswendung für die Arbeiterchaft Peter und Paul schreiben und ein über das andere Mal den Zusammenbruch der Textilwirtschaft prophezeien.

Ein jeder von uns merkt, wie es mit dem Geschrei der Unternehmer bestellt ist und weiß, was hinter diesem steckt. Der Inhalt dieses Rundschreibens sagt uns deutlich genug, was wir davon zu halten haben. Einzig und allein ist das Bestreben der Unternehmer auf die Schonung ihres Besitzes und auf die Abwehr berechtigter Forderungen der Arbeiterchaft gerichtet.

Die Antwort der Textilarbeiterchaft allerorts darauf darf nicht ausbleiben.

Das Vorgehen der Unternehmer, die Bildung eines Schutzfonds — der unseres Erachtens nach nicht allein in Sachsen vorhanden sein wird — muß in unseren Reihen Signal sein zu neuer Sammlung. Festes Zusammenstehen in unserer Organisation, Einreihen auch des letzten in der Textilindustrie tätigen Mannes und der letzten Frau in unseren Verband ist das Gebot der Stunde.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, rührt die Werbetrömmel für unsere Berufsorganisation. Wirkt aufklärend unter den noch abseits stehenden Arbeitsschwester und Arbeitsbrüdern über das Treiben und die wahren Absichten der Unternehmer. Gemeinsames Arbeiten im bisherigen Sinne ist auch für die Zukunft unerlässlich notwendig. Der Erfolg und Sieg muß und wird letzten Endes dann auf unserer Seite sein.

Dem Wohl des gesamten Textilproletariats gilt unser Wirken.

Die Gewerkschaften im Urteil ihrer schärfsten Gegner.

Die Gewerkschaften sind eine Großmacht ersten Ranges. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Beurteilung, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bei Freund und Feind erfährt. In der Inselstraße 6 befindet sich einer jener Machtomplexe, die im öffentlichen Leben mehr oder weniger tonangebend sind. Die Gewerkschaftsbewegung tritt weniger öffentlich demonstrativ in Erscheinung; desto mehr und nachhaltiger wirkt sie im stillen. Ein festes und fein gegliedertes Organisationsgebilde, welches seine Wurzeln in den Zellen der Wirtschaft des ganzen Reiches hat und seine Spitze im Bundesvorstand findet. Der ADGB hat soeben das Jahrbuch 1927 der Deffentlichkeit übergeben. Der oben gekennzeichneten Bedeutung und Zielsetzungen der Gewerkschaftsbewegung entspricht auch der Inhalt und Umfang dieses Buches. Auf nicht weniger als 342 Seiten wird das Wirtschaftsleben, die Sozialpolitik und all die vielen Probleme, die mit diesen in Verbindung stehen, beleuchtet. Ein tiefgründiges Handbuch, welches auf alle Fragen Auskunft gibt, die mit der Gewerkschaftsbewegung irgendwie in Berührung stehen. 61 Seiten sind allein der deutschen Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik gewidmet. Nicht weniger als 143 Seiten vermitteln einen Überblick über die Sozialpolitik im weitesten Sinne. Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit spielt in diesen Darstellungen eine große Rolle. Die weiteren Teile des Buches beschäftigen sich mit dem Bildungswesen, dem Lehrlingswesen, der Wohnungswirtschaft, den eigenen Betrieben des ADGB, den internationalen Verbindungen usw. Ein umfangreiches Tabellenwerk ist dem Text beigegeben. Wer von der Macht der Gewerkschaften einen Begriff erhalten will, der muß zu diesem Buche greifen. Für einen Gewerkschaftsfunktionär ist das Werk unentbehrlich.

Natürlich können auch die Gegner und die weitere Deffentlichkeit an einem solchen Buche nicht vorbeigehen. Von all den Bepfechtungen dürfte diejenige der „Deutschen Tageszeitung“ am interessantesten sein. Sie widmet dem Buche einen Leitartikel mit der Überschrift „Organisierter Marxismus“. Der Inhalt des Buches hat der Redaktion dieses Agrarblattes großen Respekt eingeflößt. Unter anderem heißt es in diesem Artikel wörtlich:

„Auch für den politischen und wirtschaftlichen Gegner ist das Buch außerordentlich lesenswert. Einmal weil es da, wo die nüchterne Sprache der Zahlen die Gefahr tendenziöser Beeinflussung erheblich zurücktreten läßt, außerordentlich reiches und instruktives Material bringt. Zum anderen, weil gerade die Gegner der hier zum Wort kommenden Welt- und Wirtschaftsanschauung aus der praktischen Arbeit der freien Gewerkschaften außerordentlich viel lernen können. . . Die freien Gewerkschaftler dürfen auf diese Leistungen mit Recht stolz sein; für die Wirtschaft und für das Bürgertum bedeuten sie die sehr ernste Mahnung, auf der Hut zu sein und aus der Organisation, wie aus der Opferwilligkeit der sozialistischen Arbeiterchaft zu lernen.“

So urteilen Gegner über die Gewerkschaftsbewegung. Sie würden zu einem solchen Urteil nicht kommen, wenn ihnen die praktische Tätigkeit dieser Massenbewegung nicht Übung abnötigte. Eine Mahnung für die Arbeiterchaft, nun erst recht für ihre gewerkschaftliche Organisation tätig und ihren weiteren Ausbau bestrebt zu sein.

Änderungen in der Krisenfürsorge.

Im „Reichsarbeitsblatt“ vom 28. August 1928 Seite 224 sind die Bedingungen über den Bezug der Krisenunterstützung offiziell veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß das im Entwurf vorgesehene zeitlich begrenzte Verfügungsrecht der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter abgeändert worden ist. Wenigstens ist unter II. auf Seite 224 nichts von der 13-Wochen-Frist vermerkt. Es heißt dort:

„1. Nach der Verordnung über die Höchstbezugsdauer der Krisenunterstützung für ältere Arbeitslose, die unter dem heutigen Datum erlassen wird, darf die Krisenunterstützung Arbeitslosen, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, in Fällen besonderer Härte nicht nur, wie das bisher der Fall war, bis zu einer Gesamthöchstdauer von 39 Wochen, sondern auch darüber hinaus belassen werden. Ich ersuche jedoch, Unterstützungen vorläufig nicht über eine Höchstdauer von 52 Wochen hinaus zu bewilligen. Arbeitslose über 40 Jahre, die aus der Krisenunterstützung ausgeschlossen sind, weil sie die bisherige Höchstbezugsdauer von 39 Wochen erreicht haben, haben beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Anspruch auf den Rest der Krisenunterstützung bis zur Gesamthöchstdauer von 52 Wochen.“

2. Für jüngere Arbeitslose bewendet es einstweilen bei der Höchstbezugsdauer von 26 Wochen (Artikel 3 Abs. 1 der Verordnung über Krisenunterstützung). Ich behalte mir vor, die Höchstdauer auf 39 Wochen zu verlängern, wenn eine erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes das erforderlich macht.“

Unser . . . Angelegenheit verfaßtes Rundschreiben wie auch die Auskunft im „Textilarbeiter“, die sich im übrigen auf amtliches Material stützt, bitten wir deshalb im Hinblick auf die Darstellung zu berücksichtigen.

Zum Lohnkampf im M.-Glabbacher Bezirk.

Verhandlungen ohne Ergebnis. — Die Textilarbeiter diktieren. — Die Aussperrung in Sicht?

Neue Verhandlungen in der Mantel- und Lohntariffrage des M.-Glabbacher Textilbezirks fanden am Donnerstag, dem 5. September, statt.

Von Verhandlungen kann man allerdings nicht sprechen, denn die Unternehmer erklärten lediglich, daß sie eine Verlängerung des bestehenden Mantel- und Lohnabkommens auf einige Monate, wie der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Bienthal, erklärte, bis zum Ende des Jahres 1929 wünschen. Unter dieser Voraussetzung wären sie bereit von dem geforderten Lohnabbau in Höhe von 12½ Proz. Abstand zu nehmen.

weil am Montag, dem 10. September, eine Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes stattfindet und im Falle der Ablehnung ihres Vorschlages der Arbeitgeberverband den nächstmöglichen Kündigungstag wahrnehmen wolle.

Nächstmöglichster Kündigungstermin ist der 15. September zum 29. September 1928.

Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann dies nur die Androhung der Aussperrung der gesamten Textilarbeiterchaft bedeuten.

Der Deutsche Textilarbeiterverband ist gerüstet und sieht

Politische Wochenschau.

Der überflüssige Volksentscheid. — Arbeiter gegen Arbeiter. — Der Kriegsanteilsbetrug. — Die Verhandlungen in Genf. — Rußland tritt dem Kellogg-Pakt bei.

Nach den jetzt vorliegenden Beschlüssen der Organisationen der Sozialdemokratie im Reich steht es fest, daß die gesamte Partei das Verhalten ihrer Minister in der Reichsregierung bei der Behandlung der vom vorigen Reichstag bewilligten ersten Rate für den Ersatzbau des Panzerschiffes mißbilligt. Ebenso einmütig wird von der Sozialdemokratie jede weitere Ausgabe für Kriegsschiffe abgelehnt. Da es nach einer öffentlichen Erklärung des badischen Zentrumsführers Schofer den Anschein hat, als ob auch die Reichstagsfraktion des Zentrums sich künftig gegen die Bewilligung von Mitteln zum Bau von Kriegsschiffen wenden will, so dürfte jetzt eine Mehrheit im Reichstag vorhanden sein, die in diesem Sinne beschließen wird. Die Durchführung eines Volksentscheides erscheint bei dieser Sachlage um so überflüssiger, als es den Kommunisten dabei ja gar nicht auf den Kampf gegen das Panzerschiff, sondern auf die „Enttarnung“ der Sozialdemokratie ankommt. Das hat erst jüngst der kommunistische Bezirkssekretär von Halle, Schröder, zugegeben, indem er nach dem Bericht des dortigen Organs seiner Partei erklärte: „Es liegt uns fern glauben zu machen, daß es möglich wäre, mit Hilfe des Volksentscheides die Kriegsrüstungen der deutschen Imperialisten aufzuhalten.“ Wozu also der Lärm? Nur damit einige Millionen für das Agitationsbedürfnis der kommunistischen Partei hinausgeworfen werden?

Es zeugt von sehr geringem Verantwortungsbewußtsein, daß wegen dieser Frage von neuem ein Teil der Arbeiterschaft gegen den anderen aufgehetzt wird. Was auch Sozialdemokraten und Kommunisten von einander trennen mag: sie sind Klassenangehörige, eine Not bedrängt sie, einen Feind haben sie, das Kapital. Aber was mußten wir in Hamburg während des Kongresses der deutschen Gewerkschaften, was an anderen Orten erleben: Arbeiter kämpfen gegen Arbeiter, nicht mit Worten der Ueberragung, sondern mit Waffen der Gewalt, mit Gummitrüppchen, mit Messern, mit Schlagringen. Es ist natürlich schwer, in jedem einzelnen Falle nachträglich zu ermitteln, wer „angefangen“ hat. Aber es kommt hier auf das Grundsätzliche an und es steht nun einmal fest, daß die kommunistische Lehre die Anwendung von Gewalt gegen Andersdenkende gut heißt, und daß ihre Praxis mit terroristischen Methoden die Auffassungen einer Minderheit gegen die Mehrheit durchzusetzen sucht. Was sich in Hamburg ereignet hat, ist das Produkt der Erziehung zur Gewalt. Den Schaden davon hat die gesamte Arbeiterbewegung. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die bürgerliche Presse und insbesondere die Organe der Unternehmer mit hämischer Schadenfreude von diesen Vorgängen Kenntnis nehmen.

* * *

Allmählich kommt etwas mehr Klarheit in die Affaire des Kriegsanteilsbetruges, die sich an den Namen Grinnes knüpft. Der jetzt in Unterjuchungshaft genommene junge Stinges hatte offenbar den Ehrgeiz, die Reste des aus der Konkursmasse des Vaters übriggebliebenen Vermögens zu einer neuen Wirtschaftsmacht zu entwickeln. Da ihm das auf den Wegen der gewöhnlichen kapitalistischen Profitmacherei nicht gelang, so suchte er sich auf andere Weise zu bereichern. Wie bisher ermittelt worden ist, war er mit dem Pariser Anwalt Calmon in Verbindung getreten, der ein französisches Konjunktium von Strohmännern bei der Anmeldung von angeblichem Altbesitz an Kriegsanteile vertrat. Die Reichsfinanzverwaltung bekam aber Wind davon und sie hatte die Möglichkeit, Calmon in eine erhebliche Ordnungstrafe zu nehmen. Calmon hat sich dann an Stinnes gewandt, um mit ihm das Geschäft weiter zu machen, und Stinnes ist auch darauf eingegangen. Es steht weiter fest, daß auch andere kapitalistische Kreise ähnliche Betrugsmanöver durch Anmeldung von Neubesitz an Kriegsanteile als Altbesitz unternommen haben. Zum größten Teil liegen aber die Schuldigen im Ausland, so daß die Aufklärung dieser Fälle sehr schwierig sein dürfte. Jedenfalls besteht die Gefahr, daß dem Deutschen Reich aus diesen Betrugsmanövern ein Schaden von vielen Millionen Mark entsteht.

* * *

Die Verhandlungen des Völkerbundes in Genf haben bisher keine Ueberraschungen gebracht. Es ist auch nicht zu erwarten, daß in den öffentlichen Sitzungen wesentliche Entscheidungen fallen werden. Die wichtigsten Beratungen werden in kleinem Kreise geführt, an ihnen sind vor allem der deutsche Reichskanzler Hermann Müller und der französische Außenminister Briand beteiligt. Wenn auch offiziell nichts über diese Besprechungen veröffentlicht wird, so kennt man doch ihren Inhalt. Deutschland wünscht, daß das Rheintal nun endlich geräumt werde, gemäß der Besetzung fremden Gebietes nach dem Abschluß des Versailler-Vertrages und des Kellogg-Paktes keinen Sinn mehr hat. Frankreich dagegen will darin keine Zugeständnisse machen, solange die Reparations- und die Schuldenfrage nicht endgültig geregelt sind. Es ist anzunehmen, daß man sich dahin einigen wird, diese Fragen in besonderen Kommissionen, an denen die großen Mächte und Deutschland beteiligt sind, nachprüfen zu lassen. Die eigentlichen Entscheidungen werden in einer europäischen Konferenz fallen. Da die Vereinigten Staaten von Amerika die Hauptgläubiger Deutschlands sind, so muß dieses sich erst in sich selbst geeinigt haben, bevor es die letzten Verhandlungen mit Amerika über den etwaigen Schuldennachlaß führen kann.

* * *

Dem in Paris abgeschlossenen Kellogg-Pakt ist mit einem Vorbehalt jetzt auch Sowjetrußland beigetreten. Das ist deswegen bemerkenswert, weil man in Rußland dieses Dokument bisher stets als wertlos bezeichnet hat. Auch die kommunistische Presse in Deutschland sprach sich über den Kellogg-Pakt nur mit der größten Mißachtung. Wenn Sowjetrußland seine Auffassungen darüber geändert hat, so ist das ein Zeichen dafür, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem es sich auch dem Völkerbund anschließen wird. Denn der Kellogg-Pakt verfolgt das gleiche Ziel: Vereitelung des Krieges durch Verweigerung der Kriegserklärung.

Hamburg 1908 — 1928.

Zum zweiten Male tagt in Hamburg das Parlament der Arbeit, der Gewerkschaftskongreß. Hamburg ist historischer Boden der deutschen Arbeiterbewegung, auf dem schon in frühkapitalistischer Zeit mancher Kampf zwischen Kapital und der aufstrebenden Arbeiterschaft ausgefochten worden ist. Zwischen dem Kongreß von 1908 und 1928 ist ein ganz bedeutender Fortschritt zu erkennen, der nicht allein rein äußerlich durch die höhere Anzahl der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft — es sind 282 Delegierte anwesend — und in der gewaltigen Zahlenvermehrung der Mitgliederbewegung — 1908 repräsentierte der Kongreß 1 188 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen und 1928 4 600 000 — in Erscheinung tritt, sondern auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß alle wichtigen Behörden des Reiches, des Ham-

stimmung des gesamten Kongresses. Mit Einmütigkeit wurden die Vertreter der kommunistischen Presse aus dem Kongreßsaal verwiesen.

Es begrüßten den Kongreß ferner noch Johannes Sassenbach, Amsterdam. In dem sachlichen Teil der Begrüßungsansprache verwies auch Genosse Leipart auf den großen Kampf, der sich augenblicklich in der Konfektionsindustrie abspielt. Er sagte den Arbeitgebern u. a., „den Kampf nicht auf die Spitze zu treiben, das alte Elend der Konfektionsarbeiter sei zwar gemildert, aber noch vorhanden, es schreit nach Abhilfe“. Im weiteren gab Genosse Leipart einen geschichtlichen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung.

Den Gruß der Hamburger Gewerkschaften überbrachte der Genosse Ehrenzeit, Hamburg. Namens des Senates begrüßte Senator Matthai den Kongreß. Der Reichsarbeitsminister Wissell besprach in seiner Begrüßungsansprache die nächsten sozialpolitischen Aufgaben, die gelöst werden müssen im Interesse der Arbeiterschaft. Die Wirtschaftslage Deutschlands schilderte der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in einer fein abgeschliffenen Rede. Den Gruß des Internationalen Gewerkschaftsbundes überbrachte der Genosse Johannes Sassenbach, Amsterdam. Für die Gewerkschaften Österreichs überbrachte Genosse Straß und für die Schweizer Gewerkschaften Genosse Meister, Zürich, die Grüße an den Gewerkschaftskongreß.

Den Bericht des Bundesvorstandes erstattete Genosse Leipart. Der Bericht ist diesmal schriftlich dem Kongreß vorgelegt worden. Das Bekenntnis zur Republik wird in dem Bericht scharf hervorgehoben. Im weiteren gibt der Bericht einen Rückblick über die Rationalisierung, den Wohnungsbau, die Arbeitslosenvermittlung und die Arbeitslosenfürsorge. Ueber die Arbeitsmarktpolitik, sowie den achtstündigen Arbeitstag machte Genosse Leipart wertvolle Ausführungen. Auch das Schlichtungswesen wird besonders in diesem Bericht hervorgehoben.

Für die Gewerkschaftspresse bringt der Bericht recht anerkennende Worte. Er sagte, daß die Gewerkschaftspresse in ihrer äußerlichen Gestalt eine sehr anzuerkennende Wandlung erfahren habe. Der innere Ausbau der Gewerkschaftspresse habe dieselbe auf eine viel höhere Stufe gehoben.

In der Aussprache nimmt zunächst der Kommunist Krauß aus Stuttgart vom Metallarbeiterverband das Wort. Er findet aber auf dem Kongreß keinen Resonanzboden. Soweit wir überschauen konnten, waren auf dem Kongreß nur drei Delegierte anwesend, die der kommunistischen Partei angehören. Leider müssen wir dabei die bedauerliche Feststellung machen, daß zwei Delegierte der kommunistischen Partei die sächsische Textilarbeitererschaft vertreten. Wir hoffen, daß unsere Kollegen in Sachsen aus dieser Tatsache lernen, damit sich dieses Trauerspiel nicht wiederholt.

Das Schlichtungswesen sowie das Wangsverfahren war stark umstritten. Dem Reichsarbeitsministerium wurde bei dieser Gelegenheit manche bittere Wahrheit gesagt. Trotz des stark umstrittenen Problems einigte sich der Kongreß auf die von dem DMB vorge schlagenen Resolution.

Einen Höhepunkt des Kongresses brachte das Referat des Genossen Naphthalie über: „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“. Genosse Naphthalie fand bei diesem fesselnden Vortrag recht aufmerksame und dankbare Zuhörer. Man darf wohl ohne Ueberhebung sagen, daß der Kongreß diese unstrittene Frage der Klärung nähergeführt hat.

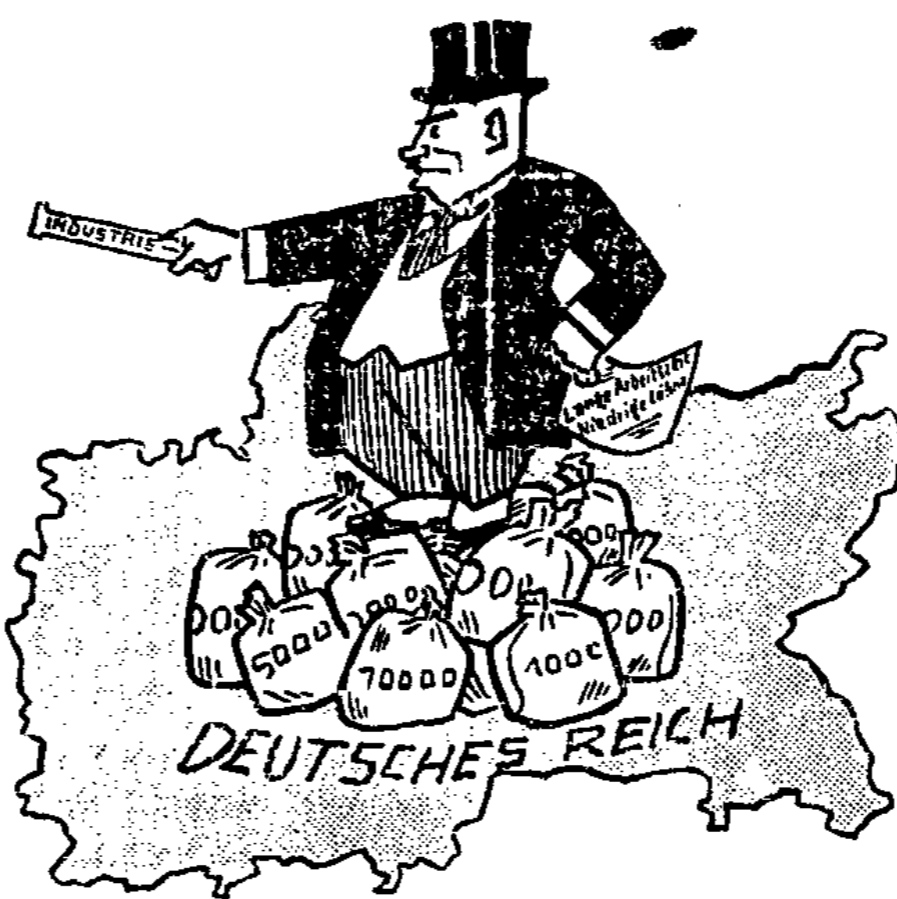
Den sachlichen Verhandlungsbericht sowie eine eingehende Besprechung des Kongreßergebnisses werden wir in der nächsten Nummer des „Textil-Arbeiter“ bringen.

Verbandsstag

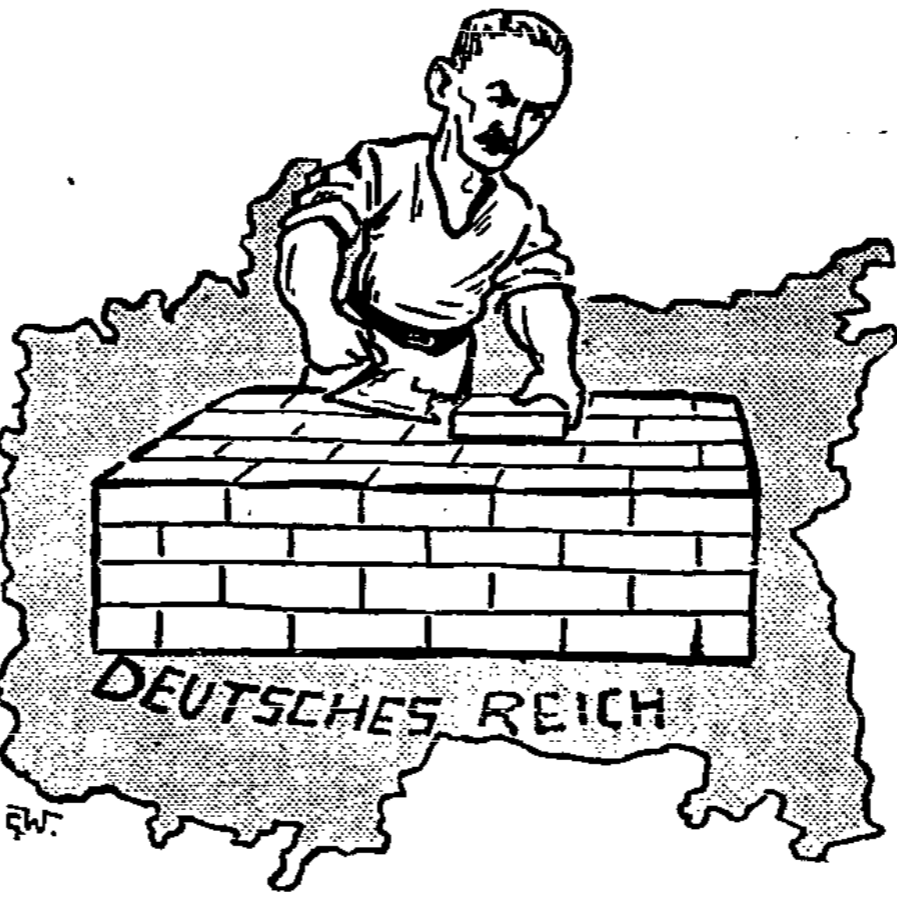
des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die größte deutsche Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, hielt in der Zeit vom 13. bis 18. August seinen 18. Verbandstag in Karlsruhe ab. Erschienen waren 264 Delegierte, zahlreiche Vertreter der internationalen Bruderorganisationen, befreundeter Verbände und der Behörden. Von letzteren waren anwesend: der badische Staatspräsident Kemmler, der erste Bürgermeister von Karlsruhe, Sauer, ein altes Mitglied des Metallarbeiterverbandes, und andere. Der Metallarbeiterverband kann auf eine sehr gute Entwicklungsperiode zurückblicken. Nach dem Bericht des Hauptkassierers haben sich die Einnahmen gegenüber 1924 verdoppelt. Im Jahre 1927 war eine Einnahme von 54 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Ausgaben sind dementsprechend. Wurden doch im Vorjahre nicht weniger als 8,5 Millionen Mark für Erwerbslosenunterstützung verausgabt. Im laufenden Jahre hat der DMB bereits 7 Millionen Mark für Erwerbslosen- und 10 Millionen Mark für Streikunterstützung aufgewandt. In gleich günstiger Weise entwickelte sich die Mitgliederzahl. Sie betrug am Schluß des Jahres 1927 816 000 und heute bereits 900 000. Der Verband ist auf dem besten Wege, wieder eine Millionen-gewerkschaft zu werden. Der Schriftleiter des Verbandes, Kummer, konnte mit Recht auf die zunehmende Bedeutung der „Metallarbeiter-Zeitung“ hinweisen. Diese hat in den letzten Jahren eine starke Verbesserung erfahren. Der Berichterstatter des Vorstandes, Georg Reichel, war in der Lage, große Erfolge der Organisation bezüglich der Interessenvertretung der Mitglieder festzustellen. Das ist desto erfreulicher, weil der DMB bekanntlich mit dem rückfälligen Unternehmertum ringen muß. Die Verbandstage des DMB zeichnen sich darin aus, daß eine straff organisierte Opposition vorhanden ist. Es waren ungefähr 38 Delegierte vorhanden, die sich zur sogenannten oppositionellen Richtung zählten. Diese machten, wie immer, von ihrer Redefreiheit großen Gebrauch. Zu dem Problem der Wirtschaft, Sozialpolitik und Schlichtungswesen usw. wurde entsprechend Stellung genommen und die Forderungen der Metallarbeiter im einzelnen niedergelegt. Am 1. Januar 1929 tritt die neugeschaffene Invalidenversicherung in Wirksamkeit. Des ferneren wurde beschlossen, den Sitz des Verbandes von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. Der Verlauf des Verbandstages läßt erhoffen, daß das Wachstum der Organi-

Wir erstreben...



Beseitigung der Herrschaft, die sich auf Kapitalbesitz aufbaut



Errichtung eines, den Interessen der Allgemeinheit dienenden Fundamentes

Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie

burger Senats usw. als Gäste an dem Gewerkschaftskongreß teilnehmen. Daneben ist die Partei- und bürgerliche Presse stark vertreten. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Macht der Gewerkschaften sich bedeutend vergrößert hat und daß auf allen Gebieten der Gesetzgebung sowohl, als auch in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht diese Macht der Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Besonders bemerkenswert war, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in seiner Rede u. a. sagte: „Die Arbeitnehmer verlangen nicht nur einen angemessenen Anteil an den Erträgen des Wirtschaftslebens für die wertvolle Schicht, sondern sie wollen auch ihren Teil an der Leitung der Wirtschaft und der damit verbundenen Verantwortung tragen. Den Anspruch darauf gewährt ihnen die Entwicklung ihrer Gewerkschaften, sowie die Bedeutung, die auch die geistige Mitwirkung des Arbeitnehmers bei dem heutigen Stand der Produktionswirtschaft besitzt und die Anerkennung dieses Zustandes in dem Artikel 165 der Reichsverfassung.“ Diese gewaltige Entwicklung der deutschen Gewerkschaften muß uns mit Freude und Stolz erfüllen.

Am Sonnabend, dem 1. September, begrüßte die Gewerkschaftsjugend, die aus allen Teilen des Reiches herbeigeeilt war, den Gewerkschaftskongreß. Diese Begrüßung wurde durch die kommunistische Partei in erheblicher Weise gestört. Einer erheblichen Anzahl von Teilnehmern an der Demonstration wurde von kommunistischen Verbrechern Verletzungen zugefügt. Dieser Kampf von Arbeiter gegen Arbeiter muß jeden Gewerkschaftler mit bitterer Sorge erfüllen. Es ist ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft, an der deutschen Arbeiterjugend verübt worden, das nicht hart genug verurteilt werden kann. Der Genosse Leipart, der

